



**CDU**

***Ihr Kurier des Ortsverbandes Langenhagen!***  
***im Dezember 2007, Ausgabe 99***

**Vorzeitige Bescherung?**

„Ja, ist denn schon Weihnachten?“, fragt man sich, wenn man gegenwärtig die Haushaltsberatungen des Langenhagener Rates verfolgt. Der Bürgermeister hat einen Haushaltsplanentwurf vorgelegt, der immerhin 41 Millionen Euro Schulden aufweist, aber zur Zeit scheint der Rotstift in der Schreibtischschublade verschwunden zu sein. So als sei er ein Privatbesitz von Susanne Schott-Lemmer und der CDU. Stattdessen werden großzügige Beträge für vieles angesetzt, was für sich genommen sinnvoll sein kann, aber in der Summe doch ein ungutes Gefühl auslöst. Wenn wir uns diese Dinge vielleicht jetzt leisten können, wird dies auch noch in einem oder mehr Jahren der Fall sein?

Alle Parteien, auch die CDU natürlich, müssen jetzt bei der Haushaltsgestaltung ihre Akzente setzen, nach dem Motto: Wenn schon Geld ausgegeben wird, dann bitte für unsere Sache. Aber wir haben nun einmal den Ruf der Partei, die mit Geld umgehen kann. Dieser Ruf ist kostbar und sollte uns ruhig einmal mehr als weniger dazu bringen, „nein“ zu sagen. Nicht, weil wir - beispielsweise - keine sozialen Projekte aller Art oder europäisch geförderten Umweltaktionen wollten. So etwas kann sinnvoll sein, und die eine oder andere Idee in dieser Richtung ist schon aus unseren Reihen gekommen. Aber wenn Rot-Grün uns auch noch sagen würde, was dafür an anderer Stelle wegfällt, damit wir von den Schulden weg-

kommen, dann wären wir noch begeisterter. Komisch, dass es bei dieser Frage immer so still wird. Aber vielleicht sind wir einfach nur ein bisschen altmodisch und denken, dass Großzügigkeit etwas ist, was jeder für sich privat praktizieren kann, aber nicht der Staat und die Kommune. Weil es immer noch das Geld der Steuerzahler ist, das da ausgegeben wird. Da könnte die Hemmschwelle bei der Stadt gerne etwas höher sein. Noch ist schließlich nicht Weihnachten!

Trotz dieses Wermutstropfens eine schöne Adventszeit

wünscht Ihnen

**Eckart Jakob**

**Terminhinweise**

Do., 13.12.: Stammtisch im Eichenkrug, 20:00 Uhr

So., 06.01.: CDU-Neujahrsempfang mit Innenminister Uwe Schünemann MdL im Forum, 11:15 Uhr

Do., 10.01.: Stammtisch im Eichenkrug, 20:00 Uhr

Im Januar: Infostand an jedem Samstag, ab 10 Uhr (Marktplatz; abweichender Standort wird ggf. bekanntgegeben)

**Mirko Heuer neuer Fraktionsvorsitzender**

Auf der Klausurtagung der Fraktion ist unser Ortsverbandsmitglied Mirko Heuer zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt worden. Die Redaktion wünscht Herrn Heuer viel Erfolg, das richtige Gespür und Gottes Segen bei seiner neuen Aufgabe.

Der Ortsverband bedankt sich ferner bei Herrn Döhner für sein unermüdliches Engagement in der Vergangenheit, in der er die CDU trotz nie wirklich bestehender Mehrheit klar positioniert hat. Ein besonderer Dank gilt seiner Bereitschaft, Herrn Heuer in der ersten Zeit als Stellvertreter zu unterstützen. (mz)

**Nachlese zum Grünkohlessen**

Am 23. November um 19.00 Uhr fanden sich rund 30 Mitglieder des Ortsverbandes Langenhagen und Gäste im Dorfgemeinschaftshaus Krähenwinkel zusammen. Horst Waldfried ließ deftigen Grünkohl mit würziger Fleischbeilage und Kartoffeln servieren und empfahl sich mit der guten Qualität seines Essens bei moderatem Preis für weitere Veranstaltungen.

Unsere Bundesabgeordnete Monika Brüning kam von der Podiumsdiskussion bei Pro-Airport hinzu und vermittelte in einem Grußwort einen Eindruck von ihren vielfältigen Aktivitäten. Andreas Friedrich informierte die Teilnehmer über ein Jahr Tätigkeit als Regionsabgeordneter und gab dabei den Blick in so manchen Abgrund rot-grüner Regionspolitik frei. Es folgte eine angeregte Diskussion, in der unter anderem der Gedanke Wiederhall fand, dass die mit der Gründung der Region in Aussicht gestellten Synergieeffekte wohl noch kommen müssen, wenn das Ganze nicht als Misserfolg gelten soll. Gleichzeitig wurde die zweite Mitgliederversammlung des laufenden Jahres abgehalten. Der Ortsverbandsvorsitzende Dr. Jakob sprach unter anderem die anstehenden Wahlkampfaktivitäten an, bei denen alle Mitglieder zur Teilnahme aufgerufen sind. Auch wegen der freundlichen und aufmerksamen Bedienung des DGH wurde das Gastspiel des Ortsverbandes in Krähenwinkel allgemein als gelungen empfunden. (ej)

## Allgemeine Dienstpflicht:

### Zukunft von Wehrpflicht und sozialen Diensten überhaupt

Die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland ist untrennbar mit ihrer dynamisch den jeweiligen Bedingungen anzupassenden Sozialstaatlichkeit sowie mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft verbunden. Mittlerweile hängt unsere Zukunftsfähigkeit zunehmend auch von der praktizierten Sozialbindung des Individuums an die Gesellschaft und an den modernen, freiheitlich verfassten Rechtsstaat ab (in Ergänzung zur Sozialbindung des Eigentums). Sozialismus darunter zu verstehen, auch demokratisch verbrämt, war und wird immer ein folgenschweres Missverständnis bleiben – unsere Geschichte belegt dies. Außer Frage steht hierbei, dass in diesem Zusammenhang eine bedenkliche Entwicklung Platz zu greifen droht. Die Entwicklung von Wehrpflicht und den Sozialen Diensten insgesamt zeugen davon beispielhaft.

Die immer wieder in Frage gestellte Wehrpflicht bzw. die Bemühungen um deren Abschaffung – einschließlich des dann unausweichlichen Verzichts auf den zivilen Ersatzdienst – stehen an dieser Stelle für ein besorgniserregendes Menetekel. Bei den Sozialdiensten, d.h. bei der Bereitschaft, eine zeitlich befristete, weitgehend entgeltlose Verpflichtung für das Allgemeinwohl in der vielfältigsten Form zu übernehmen, verhält es sich nicht anders. Anstelle des Sichverpflichtetfühlens möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger für das Gesamtwohl von Staat und Gesellschaft in jeder Hinsicht droht eine sehr einschneidende Entkoppelung von Individuum einerseits und Staat/Gesellschaft andererseits.

Statt eigener Leistung – auch um den Preis von Einbußen an sog. Selbstverwirklichung und Karriere – finden Delegationen an den Staat statt. Der wird es schon richten. Eine gleichermaßen beliebte und unheilige Grundeinstellung. Entsolidarisierung sowie zunehmende innere, oft unbewusste Distanzierung des Einzelnen von der unerlässlichen Wahrnehmung allgemeiner Interessen sind die Folge – irgendwann stehen die finanziellen Mittel nicht mehr zur Verfügung und in sich widersprüchliche, unglaubliche Debatten und entsprechende politische Entscheidungen stellen sich ein.

So ist die sog. „Wehrungerechtigkeit“ – zumindest in der Vergangenheit – keineswegs unumstritten. Die Bundesregierung stellt insofern fest: Nach Abzug aller gesetzlich begründeten Ausnahmen und nicht für die Wehrpflicht verfügbaren Angehörigen der Jahrgänge 1978 – 1983 (Externer Bedarf bei Polizei, Feuerwehr etc., Wehrdienstausnahmen, gesundheitlich Ungeeignete, Wehrdienstverweigerer usw.) standen knapp 36 % grundsätzlich für die Wehrpflicht zur Verfügung. Davon konnten mehr als 80 % der heranstehenden Jahrgänge als Freiwillige oder Grundwehrdienstleistende tatsächlich herangezogen werden. Der Vorwurf der Ungerechtigkeit stimmt dann so nicht mehr. Hinzu kommt, dass künftig angesichts reduzierter Jahrgangsstärken ganz andere Probleme, nämlich eine eklatante Mangelsituation zu konstatieren ist. Im Hinblick auf die Sozialen Dienste insgesamt, d.h. im Lichte der Notwendigkeit, den Erfordernissen einer auch künftig noch solidarischen Gesellschaft, steht ebenfalls eine dramatische Fehlentwicklung ins Haus. Nicht nur entstehen durch den demographischen Wandel völlig neue Probleme, auch die finanziellen Möglichkeiten des Staates nehmen ab und der Gesundheits- sowie der Medizinbereich werfen Fragen auf, die heute noch nicht annähernd eingeschätzt werden können – inhaltlich, quantitativ und von den absehbaren Entwicklungen her.

So ist die Wehrpflicht als Teil der Sicherheitspolitik genauso wie der Sozialbereich in Gestalt der Bereitstellung hinreichender Solidarleistungen ein vorzügliches Beispiel dafür, dass in nächster Zeit weitere Reformen unabdingbar werden.

Die Vorsitzenden der Kreisvereinigung Hannover-Land und der Langenhagenener Senioren-

Union sind in diesem Sinn aktiv geworden und haben der CDU eine gesetzliche Erweiterung der Wehrpflicht in eine Allgemeine Dienstpflicht für junge Männer und Frauen vorgeschlagen.

Näheres dazu in der nächsten Ausgabe des „Kurier“. (oes)

### **Kurz und bündig: Rückfall ins schulpolitische Mittelalter**

Landauf, landab propagiert die SPD derzeit ihr Modell der „Einheitsschule“. Auf die Frage, welche Konzeption dahintersteht, haben die Sozialdemokraten die schönsten Antworten; letztlich haben sie aber nur in ihre bildungspolitische Mottenkiste gegriffen und eine „Lösung für PISA“ herbeigezaubert, die schon in den 70er-Jahren gänzlich gescheitert ist: Alle miteinander sollen doch bitteschön das Gleiche lernen.

Dabei ist mit sozialdemokratischer Gleichmacherei kein Blumentopf zu gewinnen - der Schlüssel zum Erfolg von heute heißt individuelle Förderung. Gemäß dem Prinzip „Jedem das seine“ müssen die Schulformen gestärkt, vermehrt in Lehrerbildung investiert, kleinere Klassen geschaffen und frühkindliche Bildungsmaßnahmen initiiert werden.

Eines darf dabei nicht aus den Augen der Politiker geraten: Es geht um die Zukunft unseres Landes. Einerseits verunsichern Schulpolitische Experimente à la Jüttner sowohl Lehrer als auch Schüler und Eltern, andererseits wird eine Verbesserung der Unterrichtsqualität letztlich nicht durch einen „Systemwechsel“, sondern durch gezielte Maßnahmen erreicht, die den Einzelnen fördern. Die unionsgeführte Landesregierung geht bereits diesen Weg. (mz)

## „Wider das Tabaksaufen“

Seit dem 1. November darf in öffentlichen Gebäuden und Gaststätten nicht mehr geraucht werden. Verstöße werden in Niedersachsen mit Geldbußen bis zu 100 Euro geahndet. Selten hat ein Landesgesetz so viel Aufmerksamkeit gefunden, und es gibt sogar „Geschädigte“, die das Bundesverfassungsgericht in dieser Frage bemühen. Man sollte sich doch einmal Gedanken über dieses Volkslaster machen und dabei insbesondere seine Geschichte in Erinnerung rufen.

Im frühen Mittelalter gab es noch keinen Tabak. Einer der „Pioniere“ bei der Einführung des Tabaks (und somit des Rauchens) war Sir Walter Raleigh, also ein königlich privilegierter Seeräuber. Er wurde später auf Geheiß seiner Königin hingerichtet. Der Grund ist unbekannt, aber sicher nicht wegen des Rauchens. Die Königin war nämlich mit solchen Strafen schnell zur Hand.

Auf jeden Fall war dieses Laster offenbar noch im 17. Jahrhundert in Deutschland verpönt. Ich erinnere mich aus meiner Studienzeit an ein Dekret des Herzogs von Braunschweig und Lüneburg „WIDER DAS TABAKSAUFEN“. Leider weiß ich die angedrohte Strafe nicht mehr. Die Todesstrafe war es sicher nicht; denn das hätte sich bis in die Gegenwart hinein herumgesprochen.

Schon 100 Jahre später wurde das Rauchen sozusagen geadelt (welch ein Sprung!!!) Wer hat noch nicht vom Tabakskollegium des Soldatenkönigs gehört? Sein Sohn Fritz (den man später Friedrich den Großen nannte) hasste darum das Rauchen und schnupfte den Tabak. Dieses Laster rettete ihm das Leben; denn in einer seiner verlorenen

Schlachten (Kunersdorf) blieb eine Gewehrkuugel in einer Tabaksdose stecken.

Einen Namen machte sich das Rauchen noch einmal im Jahre 1848. Zum Wunschkatalog der Revolutionäre in Berlin soll auch die Forderung gehört haben, in der Öffentlichkeit rauchen zu dürfen.

Eine weitere Werterhöhung erhielt das Rauchen mindestens durch Wilhelm Busch. Ich denke da weniger an den bedauernswerten Lehrer Lempel (Rums da ging die Pfeife los, mit Getöse schrecklich groß), sondern an den Frosch (3 Tage war der Frosch so krank, jetzt raucht er wieder, Gott sei Dank). In diesem Satz steckt eine Menge Lebensphilosophie.

Nun dreht sich das Wetter wieder gegen das Rauchen, und wohl endgültig. Gesünder ist diese Tendenz allemal, und darum sollt man sie verteidigen- Aber ein wenig Mitleid mit den Rauchern ist schon erlaubt. (jw)

## Werte? Werte!

Im Juli 2007 nahm ich an einem Europaseminar in Wildbad Kreuth teil. Dabei ging es auch um gemeinsame europäische Werte, die alle Mitglieder der EU verbinden sollen. Beim „Zusammenhock“ abends im „Bierstübl“ fragte eine Frau aus Plauen/Vogtland: „Was sind Werte?“ Verlegenheitspause. Ein Bundeswehr-offizier a. D. antwortete: „Das weiß man doch, richtiges Benehmen und so.“ Durch diesen Einstieg war das Thema „verbrannt“. Im Hintergrund war ein Stück Hilflosigkeit der Thematik gegenüber zu spüren.

Gelegentlich wird auch am CDU-Stand auf dem Markt von Langenhagen von lautstark auftretenden Zeitgenossen gefordert, die CDU solle doch bitte das „C“ aus dem Namen streichen, denn sie handle „unsozial“. Als „sozial“ gilt dabei offensichtlich nur das, was dem Frager nützt. Gemeinwohl ist dann kein Wert mehr, in dessen Dienst man auch steht und eigene Interessen einordnet.

In dem Streit um die Mohammed-Karikaturen in einer dänischen Zeitung im vorigen Jahr waren viele Deutsche überrascht, dass eine Diffamierung Allahs einen Aufstand in der islamischen Welt auslöste. Allah ist dort eine absolute Größe. Im umgangsdeutschen „Neusprech“ heißt das: Er hat für den Islam „oberste Priorität“ als Wert. Dem haben sich alle anderen gesellschaftlichen und individuellen Werte unterzuordnen.

Das kollidiert im Ansatz mit unseren europäischen Wertskalen, wie der Streit um den – jetzt Verfassungsvertrag genannte – EU-Text zeigt. Die Türkei möchte aus ökonomischen Gründen Mitglied der EU werden, aber nicht als Teilhaber der europäischen Wertegemeinschaft.

Seit der Aufklärungszeit des 16. bis 18. Jahrhunderts gilt das Bestreben, Glaube und Vernunft als Gestaltungskräfte unserer Wirklichkeit in Einklang zu bringen.

Dies kennzeichnet in besonderer Weise auch die Denkbemühungen des jetzigen Papstes Benedikt XVI., allerdings vom Wissensstand des 21. Jahrhunderts her.

Aus dem griechisch-römischen Erbe stammen die vier Werte: Gerechtigkeit, Tapferkeit, Mäßigung, Klugheit. Aus dem christlichen Gedankengut traten die Werte Glaube, Hoffnung, Liebe hinzu.

Das christliche Denken von den Empfindungen und Bedürfnissen des Nächsten/Anderen her steht gegen die Vorherrschaft der menschlichen Egoismen. Rechtsnormen geben der menschlichen Gemeinschaft eine Struktur. *b.w.*

## Impressum

**V.i.S.d.P.:** CDU-OV Langenhagen

**Redaktion:** Joachim Weber (jw), O.-E. Schultz (oes), Dr. Martin Hohmann (mh), Dr. Eckart Jakob (ej), Marco Zacharias (mz)

**Satz u. Layout:** Marco Zacharias

Namentlich gekennzeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

**Gerne veröffentlichen wir Ihre Beiträge.**

*Mail an: marco.zacharias@http-tel.de*

Nächstenliebe ist ein Wert, der Leben und Verständigung ohne Rechthaberei ermöglicht.

Die vordergründigen Kontroversen um das „C“ der CDU sind oft nur die Folie für egoistische Interessenkämpfe auf persönlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene.

Werte werden oft erst in ihrer Gemeinschaft stiftenden Wert erkannt, wenn sie abhanden gekommen sind. In Deutschland kennen inzwischen 40% der Bevölkerung den Inhalt der Weihnachtsbotschaft nicht mehr. Sie empfinden das offensichtlich nicht als Defizit, da sie in einer Wohlstandsgesellschaft leben.

Die Welt, so wie sie vorgefunden wird, ist unbefriedigend. Die Weihnachtsbotschaft ermutigt uns zur Arbeit an einer besseren Welt. „Ehre sei Gott in der Höhe. Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen.“ (Lk. 2,14) Vor Gott als einer absoluten Größe gelten keine Ausflüchte, Verschleierungen und Selbstbetrügereien. Wo Menschen Wohlgefallen aneinander finden, gestalten sie Einvernehmen. Wo dies gelebt wird, herrscht Frieden. In der Umkehrung gilt: Frieden stellt sich erst wieder ein, wenn Menschen über noch so extreme Interessenkonflikte hinweg ein tragfähiges Einvernehmen herstellen. Genau dieses dialektische Wechselverhältnis ist der Inhalt der Weihnachtsbotschaft. Dem gefährdeten und gelebten Frieden ein Fest! Unter Kitsch und Kommerz geht die Botschaft gegenwärtig unter. Offensichtlich wird die Weihnachtsbotschaft als Wert erst aus dem Defizit heraus verstanden. Unsere Soldaten in den Schützengräben des 1. und 2. Weltkrieges empfanden der Heiligen Abend als eklatanten Kontrast zu ihrem Dasein. Die Briefe von der Front beschreiben

genau dieses Empfinden des Defizits. Sehr eindrücklich die Briefe aus Stalingrad! Heute häufen sich um das Weihnachtsfest die Selbstmorde. Innere Leere und äußere Einsamkeit werden besonders bewusst und schmerzlich als freudloses Defizit erfahren.

Die CDU ist keine Kirche. Aber es steht ihr als politische Partei gut zu Gesicht, sich für grundlegende Werte einzusetzen, die dem christlich-abendländischen Boden entstammen, auf dem wir stehen. Das ist nicht nur bequem. Der Kampf der Lobbyisten um Vorteile für ihre je eigene Gruppierung ist täglich erlebbar, - und nicht nur bei den Lokomotivführern.

Die deutsche Kaiserin Theophanu (gest. 991 n. Chr., begraben in St. Pantaleon in Köln) eröffnete den Reichstag zu Worms am 29.6.984 n. Chr. mit dem Satz: „Wer sich einsetzt, setzt sich aus.“ Dies gilt auch heute noch für alle, die in Langenhagen für bestimmte gesellschaftliche Werte tätig sind. Es gilt auch für die CDU-Vorsitzende Angela Merkel. (mh)

### **Zu guter Letzt**

*„Strebe nach Ruhe, aber durch das Gleichgewicht, nicht nur den Stillstand deiner Tätigkeit.“*

*Friedrich Schiller (1759-1805)*

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen eine geruhsame Advents- und Weihnachtszeit. Der nächste Kurier erscheint im Februar.

**Dr. Eckart Jakob**

**Marco Zacharias**